




[▶ Startseite](#)
[▶ Artikel](#)
[▶ redaktion@goest.de](mailto:redaktion@goest.de)
[▶ Veranstaltungen](#)
[▶ Impressum](#)

## Fortlaufende News

**Presseerklärungen- und -mitteilungen die die Redaktion erreichten und die wir weitgehend übernehmen, evtl. mit (...) gekennzeichnet kürzen . Ggf. werden Pressemitteilungen auch direkt auf Themenseiten eingearbeitet.**

Externe News-Listen zu Göttingen:

- >> [Polizei-Pressemitteilungen](#)
- >> [Stadradio News](#) gesammelte Pressemitteilungen der Region
- >> [Stadtverwaltung-News](#)

**Hinweis 1:** Überschriften in **Rot** werden von der der GOEST-Redaktion formuliert und liegen nicht in der Verantwortung der Autorinnen/Autoren der Pressemitteilungen.

**Hinweis 2:** Sätze wie "[xy] sagte" mit nachfolgenden angeblichen Äußerungen streichen wir - soweit es geht - oder belassen das Zitat ohne Sprecher\*innen- Nennung , da dies den falschen Eindruck eines von uns gehörten und notierten Zitates erweckt.

### **Piraten und Partei - Ratsgruppe 14.6.17**

#### **Es gibt keine Argument für die Beibehaltung der Siekhöhe'**

Die *Piraten und Partei* - Ratsgruppe verurteilt die von SPD und Grünen im Sozialausschuss am 13.06.2017 mehrheitlich getroffene Entscheidung, die Gemeinschaftsunterkunft IWF am Nonnenstieg zum 31.08.2018 zu schließen, die Unterkunft am Anna-Vandenhoeck-Ring (Siekhöhe) dagegen noch mindestens ein Jahr beizubehalten. Aus Sicht der Ratsgruppe ist dies eine zutiefst unsoziale Entscheidung, die die Wünsche der BürgerInnen und Geflüchteten schlichtweg ignoriert. (...) Die Enthaltung der CDU bei dieser wichtigen Abstimmung ist für die Ratsgruppe ebenfalls nicht nachvollziehbar. Eine eindeutige Positionierung wäre erforderlich gewesen, anstatt sich damit herauszureden, dass es eine schwierige Entscheidung sei. Für die rund 70 anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die ehrenamtlich in den Geflüchtetenunterkünften arbeiten, genauso wie für die Ratsgruppe war eindeutig, welche Unterkunft geschlossen werden sollte. /"Die Unterkünfte stellen unterschiedliche Konzepte dar. Im IWF werden Selbstständigkeit und Selbstbestimmung gefördert, in der Siekhöhe werden die BewohnerInnen entmachteter. Durch die aufgeschlossene und hilfsbereite Nachbarschaft im Nonnenstieg erleben die Geflüchteten ein

wirkliches Willkommensgefühl. Nur so, und nicht durch Isolation, kann Integration tatsächlich funktionieren",/ so Arndt weiter. Die Lagerhalle in einem abgelegenen Gewerbegebiet an der Autobahn wurde Ende 2015 angemietet und als Flüchtlingsunterkunft eingerichtet, um angesichts sehr hoher Flüchtlingszahlen nicht gezwungen zu sein, diese in Zelten oder Turnhallen unterzubringen. Das Versprechen, die Halle schnellst möglich wieder zu schließen, wird durch die Entscheidung von SPD und Grünen gebrochen. Mit der Schließung des IWF wird auch die gleichmäßige Verteilung von Geflüchtetenunterkünften im Stadtgebiet, wie sie im "Konzept zur Wohnraumversorgung und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Göttingen" festgelegt wurde, weiter eingeschränkt. Die Integrationsarbeit wird immer mehr auf die Weststadt beschränkt, vorhandenes Engagement in der Oststadt wird immer weniger abgerufen.

### **Vernetzungstreffen der Flüchtlingshilfe-Initiativen 14.6.17**

#### **Flüchtlingsinitiativen und Ehrenamtliche sind entsetzt ...**

über die Entscheidung des Sozialausschusses, die Notunterkunft Siekhöhe weiterzubetreiben und die Unterkunft IWF aufzugeben. Wir verurteilen zudem das Ausspielen der angeblichen Schaffung sozialen Wohnraums gegen das Recht von Geflüchteten auf menschenwürdiges Wohnen. Wie die rotgrüne Ausschussmehrheit eine solche Entscheidung nach der Begehung beider Unterkünfte – der Siekhöhe und des IWF – treffen konnte, ist uns vollkommen unverständlich. Die Siekhöhe ist und bleibt eine Lagerhalle, in der eine Unterbringung unerträglich ist. Schon bei einem kurzen Aufenthalt stellt sich ein beklemmendes Gefühl ein. Bei der Unterkunft IWF hat man dagegen sofort den Eindruck, dass hier ein erstes Wohnen möglich ist. Bei der Begehung der Siekhöhe zeigte sich trotz der offensichtlich inszenierten Situation die entmündigende und ignorante Weise, mit der Geflüchtete behandelt werden. Eine spontan ausgesprochene Einladung von Bewohner\*innen der Siekhöhe wurde seitens der Security konsequent unterbunden. In der späteren Sitzung des Sozialausschusses wurde belegt, dass die Meinung von Geflüchteten bei Entscheidungsfindung keine Rolle spielt:(...). Während der Sitzung wurde zudem die eklatante Unkenntnis der Ausschussmehrheit und der Sozialdezernentin hinsichtlich zentraler Aspekte bundesweiter Flüchtlingspolitik und Aufnahmeprozesse deutlich. Ohne Sachkenntnis – was sind Clearing-Verfahren und wo sind sie angesiedelt, was ist eine Erstaufnahme-Einrichtung, was hat medizinische Versorgung zu leisten, wo beginnt Integration, etc. – wurden diese Begriffe und Verfahren unreflektiert benutzt, um den Beschluss zugunsten der Siekhöhe zu legitimieren. Der Zuschauer\*innenraum war gefüllt mit engagierten Menschen, die in der Fragestunde mit gewichtigen und fundierten Argumenten auf die Einseitigkeit und Widersprüchlichkeit hinwiesen und die fehlende Logik der Verwaltungsvorlage und der Redebeiträge der Ausschussmehrheit auseinandernahmen. Vertreter\*innen mehrerer Flüchtlingsinitiativen übergaben außerdem 1.000 Unterschriften von Göttinger\*innen, darunter viele Geflüchtete, die den Ausschuss aufforderten, die Siekhöhe endlich zu schließen. Die verschiedenen Stellungnahmen der Flüchtlingsinitiativen, des Integrationsrates, der Mitarbeiter\*innen des IWF und von Psychologiestudierenden im Vorfeld führten dazu, dass die höchst einseitige und fehlerhafte Verwaltungsvorlage argumentativ nicht mehr haltbar war. Als zentrales Argument brachte die Ausschussmehrheit nun das Interesse des Investors nach einem baldigen Baubeginn am IWF vorgebracht und behauptete, dort solle auch sozialer Wohnraum entstehen. Das bedeutete nichts anderes als rhetorisch das Ausspielen von angeblich sozialen Wohnraum gegen die Bedürfnisse von Geflüchteten auszuspielen. Real wurde hier aber das Interesse des Investors gegen das Recht von Geflüchteten durchgesetzt. Seit den neunziger Jahren wurde in Göttingen kein sozialer Wohnraum mehr geschaffen, leerstehende Gebäude und Flächen wie das IWF wurden ausschließlich an Investoren verkauft anstatt sie selbst für soziale